Erfolgreich vor Ort
Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der Kommunalwahl in Hessen 2021

# 13 | Sicherheit

## Videotechnik an sicherheitsrelevanten Orten maßvoll ausbauen

**Sicherheitspolitik ganzheitlich betreiben**
Die Kommunen erbringen einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung und zur Stärkung des Rechtsstaats. Sicherheitspolitik von Kommunen muss ganzheitlich verstanden werden. Sie reicht weit über eine enge Zusammenarbeit mit der Landespolizei und der Justiz hinaus und betrifft auch Bereiche wie Migration, Soziales, Jugend und Schulen, in denen die Kommunen wichtige Akteure sind. Voraussetzung sind personell gut aufgestellte kommunale Behörden, deren Mitarbeiter den hohen Anforderungen gerecht werden und Sicherheitspolitik ganzheitlich verstehen und leben. Dazu gehören nicht zuletzt die Ordnungsämter und Ausländerbehörden.

**Sicherheit als wichtigen Standortfaktor definieren**
Sicherheit ist nicht nur ein Grundbedürfnis der Bürger einer Kommune, sondern auch eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der ansässigen Unternehmen. Zudem macht ein hohes Niveau an Sicherheit eine Gemeinde attraktiver für ansiedlungswillige Unternehmen und für Fachkräfte. Das gilt insbesondere für den internationalen Standortwettbewerb. Deshalb ist es erfreulich, dass die Zeitschrift „Economist“ in ihrer 2019 veröffentlichten Studie zur persönlichen Sicher- heit die Stadt Frankfurt am Main auf Platz 14 von 60 weltweiten Metropolen einordnet – und damit vor London, Madrid, Rom, Paris, Brüssel und Mailand. Auch daraus resultieren positive Auswirkungen auf Ansiedlungsentscheidungen von internationalen Unternehmen. Kommunale Entscheidungsträger müssen Sicherheitspolitik auch als einen Standortfaktor erkennen und ihr dementsprechend einen hohen Stellenwert beimessen.

**Maßvoller Ausbau von Videotechnik**
Der maßvolle Ausbau von Videotechnik ist ein elementarer Bestandteil einer gemeinsamen kommunalen Sicherheitsarchitektur mit der Landespolizei. Denn Videokameras haben nicht nur einen abschreckenden und damit präventiven Effekt auf Straftäter, sondern dienen auch der nachträglichen Aufklärung von Straftaten und deren Ahndung. Videotechnik muss dabei stets eingebettet sein in ein umfassendes Einsatzkonzept mit der Landespolizei.
Die kommunalen Parlamente sollten den maßvollen Einsatz von Videotechnik an sicherheitsrelevanten Stellen im öffentlichen Raum und auf wichtigen öffentlichen Plätzen grundsätzlich befürworten. Sie sollten ihn auch durch Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel ermöglichen – zumal das Land Hessen den Ausbau von Videotechnik finanziell unterstützt.
Zudem müssen die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlungen regelmäßig kontrollieren, dass der Betrieb der Anlagen unter strenger Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben erfolgt. Angesichts der noch verbreiteten Skepsis in Teilen der Bevölkerung sollten die Stadtverordnetenversammlungen ihre Kontrollberichte in öffentlicher Sitzung vorstellen und darüber beraten.

**Innenstädte absichern**
Da leider bestimmte Innenstädte als mögliche Anschlagsziele in Frage kommen, vergleichbar dem Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz, sind städtebauliche Maßnahmen zur Verhinderung von Anschlägen erforderlich. Hierbei gibt es eine Fülle kluger Möglichkeiten in Richtung einer „Stadtmöblierung“, die über das Aufstellen von zumeist eher hässlichen, quaderartigen Pollern hinausreichen muss. Kommunales Engagement ist erforderlich, um Innenstädte attraktiv und zugleich sicher zu halten.

**Subjektives Sicherheitsgefühl verbessern**
Unabhängig von der in der Kriminalitätsstatistik dargelegten objektiven Sicherheitslage ist das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen von vielen Faktoren abhängig, wozu beispielsweise Sauberkeit, Beleuchtung und bauliche Aspekte zählen. Es geht u.a. darum, sog. „Angsträume“ zu beseitigen, beispielsweise durch die Installation von Lampen in zuvor unbeleuchteten Unterführungen und Grünanlagen oder andere baulichen Maßnahmen. Die Parlamentarierer und die zuständigen Verwaltungen der Kommunen sollten regelmäßig Ortsbegehungen vornehmen, sich eng mit der Landespolizei abstimmen und Bürger regelmäßig befragen, wo es Orte mit Verbesserungsbedarf gibt. Zudem sollten sie sich an der Landes- initiative KOMPASS beteiligen, um mit Fachleuten der Landespolizei die Sicherheitsarchitektur in ihrer Gemeinde oder Stadt individuell weiterzuentwickeln und passgenauere Lösungen in einzelnen Ortsteile für die Prävention zu finden.

**Private Sicherheitsdienste in Kommunen**
Zur hohen Sicherheit tragen auch die privaten Sicherheitsunternehmen mit ihren rund 30.000 Mitarbeitern in Hessen bei, zum Beispiel beim Schutz von Veranstaltungen, beim Einsatz als „City-Streifen“ im privaten oder kommunalen Auftrag, in der Begleitung des öffentlichen

Personennahverkehrs, beim Schutz von Schulen,Friedhöfen, Schwimmbädern und Weihnachtsmärkten.

In Ergänzung zur Polizei sind vielerorts Eigensicherheitsmaßnahmen notwendig, auch in kommunalen Behörden. Leider werden kommunale Aufträge häufig nur an den billigsten Bieter vergeben. Eine Billigvergabe von Sicherheitsaufgaben birgt jedoch Risiken, die imageschädigend sein und zusätzliche Kosten für Neuausschreibungenverursachen können. Qualität auf dem Gebiet der Sicherheitsdienstleistungen ist nicht zum billigsten Preis zu haben. Die kommunalen Auftraggeber sollten bewährte Qualitätskriterien berücksichtigen, die Branchenverbände und Kommunalvertreter entwickelt haben.

**Freiwilligen Polizeidienst in weiteren Städten und Gemeinden einführen**
Mit dem freiwilligen Polizeidienst gibt es – neben Landespolizei und Stadtpolizei – eine weitere Sicherheitsinstitution. Der freiwillige Polizeidienst wird in einigen Städten und Gemeinden erfolgreich praktiziert und sollte in weiteren Orten eingeführt werden.
Den freiwilligen Polizeidienst leisten ausgebildete Bürger in Uniform. Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement sind sie Bindeglied zwischen Bürgern und Polizei und tragen dazu bei, den öffentlichen Raum sicherer zu machen. Unter dem Motto „Präsenz zeigen, beobachten, melden“ können von den Polizeihelfern frühzeitig Erkenntnisse über Bürgernöte oder Störungen der öffentlichen Sicherheit an die Polizei weitergegeben werden. Der freiwillige Polizeidienst ist in bestehende Meldewege eingebunden. Durch uniformierte Präsenz wird die Sicherheitslage verbessert und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger gestärkt.

**Kampf dem Wohnungseinbruch**
Wohnungseinbrüche verursachen mitunter langjährige psychologische Beeinträchtigungen der Opfer, die den materiellen Schaden weit übertreffen und bis zur Erwerbsunfähigkeit reichen können. Deshalb haben nicht nur die Bürger, sondern auch die Unternehmen ein Interesse daran, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche sinkt und die Aufklärungsquote deutlich steigt. Kommunen und ihre Wohnungsbaugesellschaften sollten sich an Präventionsprogrammen zur Verhinderung von Einbrüchen beteiligen. Die Erlangung von Zertifizierungen bzw. Gütesiegeln, etwa dem Gütesiegel „Sicher Wohnen in Hessen“, sollte angestrebt werden.

**Verhinderung von Problemviertel**
Angesichts des hohen und wachsenden Anteils von Ausländern in zahlreichen Städten Hessens muss die Kommunalpolitik ein besonderes Augenmerk auf die Integration der Bürger mit Migrationshintergrund legen, wozu Stadtentwicklung und Wohnbaupolitik beitragen müssen. Beispielsweise ist bei der Belegung von Wohnungen städtischer Wohnungsbaugesellschaften auf die erforderliche Differenzierung der Wohnbevölkerung zu achten. Es geht darum, ganz konsequent die Entstehung von Problemvierteln zu verhindern und clanähnlichen Strukturen keinerlei Raum zu lassen. Teile von Berlin und von Großstädten im Ruhrgebiet sind abschreckende Negativbeispiele, die sich in Hessen nicht wiederholen dürfen.